

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte,
Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/866 –**

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland (Stand viertes Quartal 2009)

Vorbemerkung der Fragesteller

Auslandseinsätze von Polizeibeamtinnen und -beamten entwickeln sich immer mehr zu einem Mittel deutscher und EU-Außenpolitik. Die Militärdoktrin der Europäischen Union, die sogenannte Europäische Sicherheitsstrategie, sieht ausdrücklich den kombinierten Einsatz militärischer und ziviler (d. h. auch polizeilicher) Mittel vor, um „einen besonderen Mehrwert“ zu erzielen.

Diese Entwicklung ist aus mehreren Gründen besorgniserregend.

So leistet sie der Vermischung von polizeilichen und militärischen Zuständigkeiten Vorschub. Die Grenzen zwischen Polizei und Militär drohen zu verschwimmen. Das gilt umso mehr, als gerade bei Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten Polizisten immer wieder in lebensbedrohliche Situationen kommen. Diese dienen dann wiederum als Legitimation für eine Aufrüstung der Polizei, bis hin zu Überlegungen, schwerbewaffnete Einheiten der Bundespolizei speziell für Auslandseinsätze aufzustellen.

Hinzu kommt, dass für polizeiliche Auslandseinsätze keinerlei parlamentarische Zustimmung erforderlich ist. Je nach Rechtsgrundlage ist noch nicht einmal die Information des Deutschen Bundestages vorgeschrieben. Damit wird ein wichtiger Bereich der Außenpolitik der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Bedenklich ist dies vor allem wegen der gerade bei Einsätzen in Kriegs- und Krisengebieten stets vorhandenen Eskalationsgefahr.

Ähnliches gilt für Einsätze von Zollbeamtinnen und -beamten. Auch für ihre Entsendung ins Ausland ist keine Zustimmung des Bundestages erforderlich.

Mit einigem Unverständnis bewerten die Fragesteller die Tatsache, dass die Bundesregierung auf die bisherigen einschlägigen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. keine Angaben zu sicherheitsrelevanten Vorfällen machen konnte oder wollte, denen deutsche Polizeibeamte in ihren Missionen ausgesetzt waren. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. gehört die Erfassung solcher Vorfälle zur Sorgfaltspflicht der Bundesregierung.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Kleine Anfrage beinhaltet Fragen, die im Wesentlichen identisch sind mit den Fragen der Kleinen Anfragen der Fraktion DIE LINKE. vom 1. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10182), vom 20. November 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11009), vom 9. Dezember 2008 (Bundestagsdrucksache 16/3341), vom 22. April 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12773), vom 27. Juli 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13849) und vom 12. November 2009 (Bundestagsdrucksache 17/26).

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird insoweit auf die Antworten der Bundesregierung vom 17. September 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10252), vom 8. Dezember 2008 (Bundestagsdrucksache 16/11314), vom 5. Januar 2009 (Bundestagsdrucksache 16/11548), vom 11. Mai 2009 (Bundestagsdrucksache 16/12968), vom 14. August 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13897) und vom 27. November 2009 (Bundestagsdrucksache 17/84) verwiesen. Veränderungen werden ergänzend dargestellt.

1. An welchen bi- und multilateralen Missionen sind derzeit deutsche Polizistinnen und Polizisten (bitte auflisten nach Bundesländern, Zugehörigkeit zu Bundespolizei/Bundeskriminalamt – BKA) sowie Zollbeamtinnen und -beamte beteiligt?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

	Stärken: (Stand: 1. März 2010)												
	UNMIK	EUPM	EUMM GEO	UNMIL	UNMIS	UNAMID	EUPOL COPPS	EU BAM Rafah	EU BAM MD/UA	GPPT AFG	EUPOL AFG	EULEX	
Bundespolizei	0	2	8	1	3	4	1	1	1	53	7	15	
BKA	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	2	
Zoll	0	0	0	0	0	0	0	0	9	0	0	1	
Länderpolizeien	1	5	5	4	2	1	2	0	0	72	22	61	
Gesamt	1	7	13	5	5	5	3	1	10	127	30	79	286

- a) Welche rechtliche Grundlage hat die Mission, wer ist Missionsträger bzw. wer hat gegebenenfalls das Mandat erteilt, welche Mandatsobergrenze ist vorgesehen, und welche tatsächliche Gesamtstärke hat die Mission derzeit?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Mission	Derzeitige Gesamtstärke Polizei/Zoll
UNMIK, Kosovo	7
UNMIL, Liberia	1 357
UNMIS, Sudan	646
UNAMID, Sudan	2 848
EUPOL AFG, Afghanistan	172
EU BAM MD/UA, Moldau/Ukraine	102
EULEX, Kosovo	1 117
EUPOL COPPS, Paläst. Autonomiegebiete	27
EU BAM Rafah	16
EUPM BuH, Bosnien-Herzegowina	88
EUMM, Georgien	76

- b) Welchen Auftrag haben die Polizistinnen und Polizisten sowie Zollbeamtinnen und -beamten?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

- c) Wann wird die Mission voraussichtlich beendet sein?

Mission	Derzeitiges Mandatsende
EUBAM Rafah	24. Mai 2010
EUBAM Moldau/Ukraine	30. November 2011
EUPM	31. Dezember 2011

2. Wie viele deutsche Polizistinnen und Polizisten sowie weiteres ziviles Personal (bitte aufgliedern nach Bundesländern, Zugehörigkeit zu Bundespolizei/BKA sowie entsendenden Dienststellen) bzw. Zollbeamtinnen und -beamte sind dabei jeweils eingesetzt?
- Welche konkreten Aufgaben verrichten sie dort (bitte jeweils die einzelnen Personalzahlen angeben)?
 - An welchen Orten sind sie eingesetzt?
 - In welchen Stäben, Einrichtungen und Stellen sind sie tätig (bitte jeweils die einzelnen Personalzahlen angeben)?
 - Wie bewertet die Bundesregierung die Relation von Mandatsobergrenze,zeitigem tatsächlichem Gesamtumfang und dem Umfang der deutschen Beteiligung?
 - Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung eine Veränderung hinsichtlich der Art und/oder des Umfangs der deutschen Beteiligung, und bis wann soll diese umgesetzt sein (bitte gegebenenfalls konkrete Angaben und Zahlen zu den einzelnen Missionen machen)?

Zu den Fragen 2a, 2b und 2c

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

Zu Frage 2c

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Anzahl	Bund/Land	Einsatzort	Tätigkeit
15	BPOL	Kabul, Mazar-e Sharif, Feyzabad	Leitender Polizeiberater, Sachbearbeiter Lage/Analyse/Sicherheit, Bearbeiter Logistik, IT-Administrator, Berater Flughafen, Verbindungsbeamter CTSC-A/NTM-A, Leiter Mentorenteam Akademie, FDD-Koordinator, PTC-Koordinator, Leiter Führungsstab Außenstelle, Projektkoordinator, Leiter Außenstelle, Bearbeiter Personal
11	NW	Kabul, Mazar-e Sharif, Kunduz, Feyzabad	Stellvertreter; Gesamtkoordinator FDD/Training, Projektkoordinator; Sachbearbeiter Personal; Trainingsberater; Leiter Außenstelle, Trainingskoordinator; FDD-Koordinator, Bearbeiter Logistik
4	NI	Kabul	Gesamtkoordinator Bau, Bearbeiter Lage/Analyse/Sicherheit/Sachbearbeiter Logistik, PTC-Koordinator
2	BKA	Kabul	Leiter Führungsstab, Projektkoordinator
3	BY	Kabul, Feyzabad	Bearbeiter Lage/Analyse/Sicherheit, Bearbeiter Logistik, Koordinator Training/FDD
1	TH	Kabul	Bearbeiter Logistik
2	BR	Mazar-e Sharif	Stellvertreter Leiter Außenstelle; Trainingskoordinator
3	HE	Mazar-e Sharif	Sachbearbeiter Personal, Sachbearbeiter Logistik, Trainingskoordinator
1	SN	Mazar-e Sharif	Bearbeiter Logistik
1	HH	Kunduz	Projektkoordinator

Zu Frage 2d

Deutschland beteiligt sich mit einer Gesamtstärke von 286 eingesetzten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB)/Zollbeamtinnen und -beamten angemessen.

- Wie viele der im Rahmen des German Police Project Teams sowie EUPOL in Afghanistan eingesetzten deutschen Polizeibeamten sind Kurzeit- bzw. Langzeitexperten?

Im German Police Project Team sind 84 Kurzeit- und 43 Langzeitexperten eingesetzt. Bei der Mission EUPOL Afghanistan gibt es diese Unterscheidung nicht.

4. Wie viele Verbindungsbeamtinnen und -beamte des BKA halten sich derzeit in welchen Ländern auf (bitte jeweils die Einsatzländer und -orte sowie die zugehörige Zahl von Beamtinnen/Beamten angeben)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Aktuell sind 68 BKA-Verbindungsbeamte an 55 Standorten in 52 Staaten eingesetzt. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Land/Ort	Anzahl der Verbindungsbeamten
Südafrika/Pretoria	1
Panama/Panama-Stadt	1

5. Wie viele deutsche Polizeibeamte werden derzeit im Ausland als
- a) Dokumentenberater,

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Land/Ort	Anzahl
Jordanien, Amman	2
Ägypten, Kairo	2
Türkei, Ankara	1

- b) Sicherheitsbeamte,
c) grenzpolizeiliche Verbindungsbeamte,

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

- d) Unterstützungskräfte sowie Berater in Fragen der Grenzsicherheit eingesetzt (bitte jeweils, d. h. zu jedem Unterpunkt Einsatzland und -ort sowie die Zahl der eingesetzten Polizeibeamten nennen und angeben, ob sie vom BKA, der Bundespolizei oder einer Länderpolizei gestellt werden)?

Land/Ort	Anzahl	
Libanon, Beirut	2	BPOL

6. Wie viele deutsche Polizeibeamte wurden im Jahr 2009 im Rahmen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) eingesetzt
- a) als Dokumentenberater im Rahmen welcher Operationen, und an welchen Standorten,
- b) als Mitarbeiter in der Warschauer Zentrale (bitte mit der jeweiligen Funktion auflisten),
- c) als Teilnehmer von Operationen zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen, die deutsches Gerät aus der FRONTEX-„tool box“ bedienen (bitte mit Einsatzstandort und jeweiligem Tätigkeitsprofil),
- d) als Mitglied der Rapid Border Intervention Teams (RABIT) und
- e) welche Melde- und Berichtswege zwischen diesen Beamten und deren deutscher Führungsstelle bestehen für die einzelnen operativen Bereiche?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

7. Wie viele deutsche Polizeibeamte werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Rahmen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX) eingesetzt
 - a) als Dokumentenberater im Rahmen welcher Operationen und an welchen Standorten,
 - b) als Mitarbeiter in der Warschauer Zentrale (bitte mit der jeweiligen Funktion auflisten),
 - c) als Teilnehmer von Operationen zur Überwachung und Kontrolle der Außengrenzen, die deutsches Gerät aus der FRONTEX-„tool box“ bedienen (bitte mit Einsatzstandort und jeweiligem Tätigkeitsprofil),
 - d) als Mitglied der Rapid Border Intervention Teams (RABIT)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

8. Welche Informationen liegen der Bundesregierung vor bezüglich sicherheitsrelevanter Vorfälle, in die deutsche Polizistinnen und Polizisten sowie Zollbeamtinnen und -beamte im Jahr 2009 involviert bzw. denen sie ausgesetzt waren?

Wie viele deutsche Polizistinnen und Polizisten wurden im Jahr 2009 während ihrer Auslandsaufenthalte verletzt oder getötet (bitte nach Aufenthaltsländern darstellen und Fälle von Fremdverschulden schildern)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

9. Wie bewertet die Bundesregierung die politische und militärische Gefährdungslage in den jeweiligen Einsatzgebieten (bitte Veränderungen darstellen)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind in den Einsatzgebieten eingetreten, die nachfolgend dargestellt sind:

Politische Lage

UNMIL (Liberia)

Insgesamt hat der Friedensprozess seit Einrichtung von UNMIL Fortschritte gemacht. Die politischen Verhältnisse in Liberia bleiben aber fragil, wie gewalttätige Auseinandersetzungen mit religiösem Hintergrund am 26. Februar im Norden Liberias gezeigt haben. Die für 2011 anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen werfen bereits ihre Schatten voraus. Nach allgemeiner Einschätzung besteht derzeit aber nur ein geringes Risiko, dass die VN-Mission in einen gewaltsamen Konflikt verwickelt werden könnte. Im September wurde die Reduzierung der Truppenstärke von UNMIL um ca. 2 000 Soldaten bis Mai 2012 entschieden, der weitere Abbau soll erst nach den Wahlen 2011 erfolgen. Die Polizeikomponente der Mission wird vorerst nicht reduziert. Gleichzeitig hat der VN-Sicherheitsrat am 15. September 2009 einstimmig die weitere Verlängerung des UNMIL-Mandats bis zum 30. September 2010 beschlossen.

UNAMID/UNMIS (Sudan)

Die Lage in Darfur ist weiterhin instabil. Unter katarischer Vermittlung haben die Regierung des Sudan und die Rebellengruppe „Justice and Equality Movement“ (JEM) am 23. Februar 2010 in Doha ein Rahmenabkommen und ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. Die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung des Sudan und der Rebellengruppe Sudan Liberation

Army unter Abdelwahid Nur haben hingegen wieder deutlich zugenommen. Übergriffe auf Flüchtlingscamps und kriminelle Angriffe auf Transporte und Personen (Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Diebstähle) sind gleichbleibend hoch. Auch UNAMID ist davon betroffen.

Die Sicherheitslage im Einsatzgebiet von UNMIS im Südsudan ist angespannt, insbesondere wegen einer Reihe immer wieder aufflammender tribaler Konflikte. Der Nord-Süd-Friedensprozess zur Umsetzung des umfassenden Friedensabkommens (CPA) im Sudan geht voran, Der Schwerpunkt liegt derzeit auf den für April 2010 geplanten Wahlen.

EUPOL/Deutsches bilaterales Polizeiberatererteam (Afghanistan)

Innerhalb des zivilen Wiederaufbaus Afghanistans messen die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft dem Aufbau und der Ausbildung der Polizei zentrale Bedeutung bei. Ziel ist, die Sicherheitsverantwortung im Land schrittweise an funktionierende afghanische Institutionen zu übertragen. Dazu leisten EUPOL und das bilaterale deutsche Polizeiberatererteam wichtige Beiträge. Die Sicherheitslage in Afghanistan bleibt stark angespannt, die Bedrohung in weiten Landesteilen ist unverändert erheblich. Bei der Verteilung der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle auf die Regionen wird das aus den Vorjahren bekannte Bild der „Zweiteilung Afghanistans“ bestätigt. Mehr als 90 Prozent der Vorfälle entfallen auf den Süden und Osten (hier insbesondere auf die Provinzen an bzw. nahe der pakistanischen Grenze), weniger als zehn Prozent auf den Westen, den Norden und die Landeshauptstadt Kabul. Die Bedrohungslage im Raum des Provincial Reconstruction Team (PRT) Kunduz ist und bleibt durch Aktivitäten der gegnerischen Kräfte (Opposing Military Forces) erheblich. Hier haben sich die sicherheitsrelevanten Zwischenfälle 2009 im Vergleich zum Vorjahr auch deutlich erhöht.

EUPOL COPPS/EUBAM (Palästinensische Autonomiegebiete)

Die Bemühungen zum Wiederanstoß des Nahostfriedensprozesses werden fortgeführt. Es besteht grundsätzlich uneingeschränkte Bewegungsfreiheit innerhalb der Westbank für Angehörige der Polizeimission. Aufgrund des immer wieder auch in bewaffnete Auseinandersetzungen eskalierenden Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern sowie wegen des innerpalästinensischen Konfliktes zwischen Hamas und Fatah liegt aktuell auch im Westjordanland ein erhöhtes Sicherheitsrisiko vor. Missionsangehörige sind aufgefordert, Punkte gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern und zwischen palästinensischen Fraktionen zu meiden. Darüber hinausgehende spezifische Risiken bestehen für die Polizeimission aber nicht.

Für den Gazastreifen gilt eine Reisewarnung. Seit dem Ende der israelischen Militäroffensive am 18. Januar 2009 herrscht im Gazastreifen eine fragile Waffenruhe. Eine Gefährdung durch mögliche Kampfhandlungen und Entführungen westlicher Ausländer sind dort weiterhin nicht auszuschließen. In israelischen Städten in der Grenzregion zum Gazastreifen besteht weiterhin das Risiko von sporadischem Raketenbeschuss.

Militärische Lage

Die Bedrohungslage in Kabul wird mit „mittel“ bewertet.

10. Welche mittlerweile abgeschlossenen Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte haben deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte seit Beantwortung der letzten diesbezüglichen Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/84) begonnen bzw. an welchen waren sie beteiligt?
- Wie lauteten die Bezeichnungen der Maßnahmen, und wo fanden sie statt?
 - Was waren die Ziele der Maßnahmen, wann haben sie begonnen, und wann wurden sie beendet?
 - Wie vielen und welchen ausländischen Sicherheitskräften wurde welche Art der Ausbildung gewährt?
 - Worin bestanden die Aufgaben und Tätigkeiten der deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten, und in welchen Stäben, Einrichtungen und sonstigen Stellen waren sie vertreten?
 - Wie viele deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte waren jeweils an den Maßnahmen beteiligt (bitte für die einzelnen Maßnahmen detailliert ausweisen)?
 - Welche Kosten entstanden der Bundesrepublik Deutschland für die Ausbildungsmaßnahmen, und aus welchen Haushaltstiteln wurden diese bestritten?

Zu den Fragen 10b und 10d

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Bundespolizei

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kosten	Ort
Aserbaidschan	Multiplikatorenschulung zu Maßnahme 1	28.09.–02.10.2009	Lehrgang	2 135 €	Berlin
Bosnien und Herzegowina	Multiplikatorenausbildung Beweissicherung und Dokumentation, Einsatztraining und Diensthundeausbildung	01.03.–13.03.2009	Lehrgang	6 259,49 €	Sarajewo
Bosnien und Herzegowina	Einsatzbegleitende Fortbildung	23.04.–02.05.2009	Lehrgang	4 809,57 €	Sarajewo
Bosnien und Herzegowina	Ausbildung für Diensthundemultiplikatoren der Border Police	02.05.–09.05.2009	Lehrgang	294,40 €	Sarajewo
Bosnien und Herzegowina	Multiplikatorenausbildung in den Bereichen Polizeitraining und Ausbildung geschlossener Einsatz	16.08.–25.08.2009	Lehrgang	7 090,37 €	Sarajewo
Georgien	Multiplikatorenschulung „EU-/Schengenrecht und dessen Umsetzung in nationales Recht“	21.09.–25.09.2009	Lehrgang	4 516,68 €	Georgien
Georgien	Seminar „Schiffssicherung“ und „SAR-Einsatz“	20.09.–26.09.2009	Seminar	9 093,78 €	Neustadt/Holstein

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kosten	Ort
Georgien	Multiplikatoren-schulung „Grenzmanagement, Grenzüberwachung, Einsatz von Streifen“	26.10.–30.10.2009	Lehrgang	4 009,26 €	Georgien
Kroatien	Lehrgang zum Erkennen und Bekämpfen von Urkundenfälschungen	12.10.–16.10.2009	Lehrgang	1 602,90 €	Zagreb
Kroatien	Multiplikatoren-schulung im Erkennen von Urkundenfälschungen	04.10.–14.05.2009	Lehrgang	2 127,26 €	Zagreb
Serbien	Ausbildung Bootsführer, mit Prüfung	16.11.–11.12.2009	Lehrgang	39 041,94 €	Sankt Augustin
Türkei	Lehrgang „Tatortarbeit bei Großschadensereignissen im Bahnverkehr“	28.09.–02.10.2009	Lehrgang	4 868,58 €	Ankara
Türkei	Lehrgang „Bekämpfung der Urkundenkriminalität“ Basis- bzw. Fortgeschrittenenlehrgang	28.09.–02.10.2009	Lehrgang	2 014,46 €	Ankara
Ukraine	Durchführung eines Seminars von Spezialisten der Bundespolizei zum Thema Schleusung/GASIM	28.09.–02.10.2009	Seminar	2 295,61 €	Kiew
Ukraine	Durchführung eines Seminars von Spezialisten der Bundespolizeidirektion St. Augustin im Rahmen der Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft „EURO-2012“	22.09.–26.09.2009	Seminar	771,76 €	Kiew
Weißrussland	Lehrgang Bekämpfung der Urkundenkriminalität und des Dokumentenmissbrauchs	10.05.–15.05.2009	Lehrgang	3 384,03 €	Minsk
Weißrussland	Seminar an der Bundespolizeiakademie zur Thematik „Personalgewinnung, Ausbildung und Fortbildung von Polizeivollzugsbeamten“	31.08.–04.09.2009	Seminar	1 375,20 €	Lübeck
Weißrussland	Seminar „Bekämpfung illegale Migration“	11.10.–18.10.2009	Seminar	3 466,00 €	Minsk
Weißrussland	Seminar Einweisung Dienst-hundewesen	24.08.–28.08.2009	Seminar	2 671,33 €	Minsk

Bundeskriminalamt

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Türkei	Datenträgerauswertung	14.11.–21.11.2009	Lehrgang	3 000 €	Ankara
Nigeria	Moderne Ermittlungs- und Fahndungsmethoden	16.11.–20.11.2009	Lehrgang	12 000 €	Lagos
Mazedonien	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	23.11.–04.12.2009	Lehrgang	13 000 €	Skopje
Kasachstan	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	30.11.–11.12.2009	Lehrgang	14 000 €	Astana
Marokko	Zahlungskartenkriminalität	30.11.–04.12.2009	Lehrgang	5 000 €	Rabat
Albanien	Rauschgiftkriminalität (Schwerpunkt Kontrollierte Lieferungen)	07.12.–11.12.2009	Lehrgang	5 000 €	Tirana
Ägypten	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	09.12.–17.12.2009	Lehrgang	9 000 €	Kairo
Russland	Ausbildung afghanischer Drogenpolizisten in Moskau im Rahmen Nato-Russland-rates	14.12.–17.12.2009	Lehrgang	3 000 €	Moskau
Kamerun	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	14.12.–18.12.2009	Lehrgang	10 000 €	Yaoundé
Pakistan	Operative Ermittlungen und Technik	12.01.–15.01.2010	Lehrgang	2 000 €	Islamabad
Uganda	Polizeiliche Einsatztaktiken und Methoden	18.01.–22.01.2010	Lehrgang	6 000 €	Masindi
Dominkanische Republik	Verhandlungen in Fällen von Geiselnahmen und Entführungen	15.02.–26.02.2010	Lehrgang	10 000 €	Santo Domingo
Südafrika	Zahlungskartenkriminalität	22.02.–05.03.2010	Workshop	10 000 €	Kapstadt und Johannesburg

Deutsches bilaterales Polizeiberatersteam Afghanistan

Zu Frage 10a

Kriminalpolizeiliche Aus- und Fortbildungen, insbesondere Tatortarbeit; verbandspolizeiliche Fortbildung und polizeiliche Grundausbildung an den deutschen Trainingsstätten (PTC) im Norden AFG. Zudem beteiligt sich Deutschland am FDD Programm seit Januar 2009. Derzeit werden in acht Distrikten rund 400 afghanische Polizisten ausgebildet und nachbetreut. Das deutsche FDD-Engagement findet bisher ausschließlich in den Provinzen Balkh und Badakhshan (Norden AFG) statt.

Zu Frage 10c

Im Jahr 2009 wurden insgesamt 3 600 afghanische Polizisten ausgebildet.

Derzeit (Stand: 1. März 2010) befinden sich 930 Polizisten in Ausbildung, die von deutschen Polizeibeamten durchgeführt wird.

Zu Frage 10e

2009 waren im bilateralen Polizeiprojekt insgesamt 142 Polizeibeamte und -beamtinnen als Trainingsexperten eingesetzt.

11. Welche Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte führen deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte gegenwärtig durch bzw. an welchen sind sie beteiligt?
- a) Wie lautet die Bezeichnung der Maßnahmen, und wo finden sie statt?
 - b) Was ist Ziel der Maßnahmen, wann haben sie begonnen und bis wann sind sie voraussichtlich beendet?
 - c) Wie vielen und welchen ausländischen Sicherheitskräften wird welche Art der Ausbildung gewährt?
 - d) Worin bestehen die Aufgaben und Tätigkeiten der deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten, und in welchen Stäben, Einrichtungen und sonstigen Stellen sind sie vertreten?
 - e) Wie viele deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte sind jeweils an den Maßnahmen beteiligt?
 - f) Welche Kosten entstehen dem Bund für die Ausbildungsmaßnahmen, und aus welchen Haushaltstiteln werden diese bestritten?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Bundespolizei

Gegenwärtig finden keine Maßnahmen der Ausbildungshilfe statt.

Bundeskriminalamt

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Kolumbien	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	08.03.–19.03.2010	Lehrgang	25 000 €	Empfängerland

12. Welche Ausbildungsmaßnahmen für ausländische Sicherheitskräfte sind für die nächste Zukunft geplant, welche Kosten werden dem Bund dafür entstehen, und aus welchen Haushaltstiteln sollen diese bestritten werden (bitte nach dem Schema der vorangegangenen Frage beantworten)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Veränderungen sind nachfolgend dargestellt:

Bundespolizei

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	kalkulierte Kosten	Ort
Albanien	1 Woche Schulung Urkundenfälschung, Grundlehrgang	2010	Lehrgang	3 000 €	Tirana
Albanien	1 Woche Schulung Urkundenfälschung, Aufbaulehrgang	2010	Lehrgang	3 000 €	Tirana
Aserbajdschan	Schiffssicherung/Rettungstraining/SAR	2. Quartal	Lehrgang	6 500 €	Neustadt/Holstein
Aserbajdschan	Internationales Führungskräfteseminar/Managementseminar	3. Quartal	Seminar	2 000 €	Lübeck
Bosnien und Herzegowina	Erkennen von Urkundenfälschungen, Grundlehrgang	2010	Lehrgang	3 000 €	Sarajevo
Bosnien und Herzegowina	Multiplikatoren Ausbildung in: Schießausbildung, Einsatztraining etc.	12.09.–23.09.2010	Lehrgang	6 500 €	Sarajevo
Bosnien und Herzegowina	Multiplikatoren Ausbildung in: Beweissicherung, Dokumentation, Diensthundeführer Ausbildung etc.	24.04.–04.05.2010	Lehrgang	6 500 €	Capljina
Bosnien und Herzegowina	Multiplikatoren Ausbildung in: Diensthundeführer Ausbildung, Einsatzmaßnahmen aus besonderem Anlass etc.	06.06.–16.06.2010	Lehrgang	6 500 €	Bijeljina
Georgien	Multiplikatoren Schulung Grenzmanagement Grenzüberwachung, Einsatz von Streifen	II. Quartal	Lehrgang	5 000 €	Pirna
Georgien	Schiffssicherung/Rettungstraining/SAR	III. Quartal	Lehrgang	5 000 €	Neustadt/Holstein
Georgien	Internationales Führungskräfteseminar/Managementtraining	IV. Quartal	Seminar	5 000 €	Lübeck
Kroatien	4 Schulungen Luftsicherheit an den kroatischen Flughäfen	2010	Lehrgang	7 000 €	Kroatien
Kroatien	5 Tage Durchführung der Maßnahmen in der 2. Kontrolllinie und Durchführung der Luftsicherheitsaufgaben	2010	Lehrgang	4 000 €	Stuttgart

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	kalkulierte Kosten	Ort
Montenegro	Schulung im Bereich Aufgabenwahrnehmung an einem Flughafen und Evaluierung IST-Stand zur Vorbereitung Maßnahme 2	2010	Lehrgang	2 000 €	Podgorica, Tivat
Serbien	Luftsicherheit Schulung	2010	Lehrgang	4 000 €	Frankfurt/Main
Serbien	Lehrgang Erkennung von Urkundenfälschungen	2010	Lehrgang	3 000 €	Belgrad
Serbien	Multiplikatoren-schulung Urkunden	2010	Lehrgang	4 000 €	Belgrad
Serbien	Flughafenpartnerschaft Belgrad–Stuttgart	2010	Lehrgang	2 500 €	Stuttgart
Serbien	Seminar Korruptionsbekämpfung	2010	Seminar	2 500 €	Belgrad
Türkei	„Risikoanalyse und Schleusungskriminalität“ durch Bundespolizeiakademie	02.–07.05.2010	Seminar	2 300 €	Ankara
Türkei	Lehrgang Bekämpfung Urkundenkriminalität Basis/Fortgeschrittenenlehrgang in Ankara	2010	Lehrgang	2 200 €	Ankara
Ukraine	Langfristige Entsendung von Lehrkräften (Polizeitrainer) an die Akademie des Grenzdienstes der Ukraine	2. Quartal	Lehrgang	4 200 €	Ukraine
Ukraine	Seminar zum Thema Lösung von Konfliktsituationen an Grenzübergangsstellen	3. Quartal	Seminar	2 500 €	Ukraine
Usbekistan	Schulung Luftsicherheit/Flughafensicherheit	2010	Lehrgang	8 000 €	Taschkent
Weißrussland	Lehrgang für Hubschrauberpiloten – Nachtflugausbildung/BIF	2010	Lehrgang	5 000 €	Weißrussland
Weißrussland	Seminar Risikoanalyse	3. Quartal	Seminar	2 200 €	Lübeck
Weißrussland	Seminar Verhinderung der illegalen Migration	2010	Seminar	2 200 €	Minsk
Weißrussland	Seminar zur Dokumentensicherheit	2010	Seminar	1 600 €	Minsk

Bundeskriminalamt

Land	Bezeichnung	Zeitraum	Maßnahme	Kalkulation	Ort
Äthiopien	Polizeiliche Einsatztaktiken und Methoden	15.03.–19.03.2010	Lehrgang	6 000 €	Empfängerland
Liberia	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	16.04.–25.04.2010	Lehrgang	8 000 €	Empfängerland
Nigeria	Identifizierung von Anschlägsopfern	29.05.–06.06.2010	Lehrgang	14 000 €	Empfängerland
Gabun	Tatortarbeit bei Kapitaldelikten	31.05.–04.06.2010	Lehrgang	10 000 €	Empfängerland
Gambia	Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität	11.06.–20.06.2010	Lehrgang	8 000 €	Empfängerland

13. In welchem Rahmen sind außerdem noch deutsche Polizistinnen und Polizisten bzw. Zollbeamtinnen und -beamte im Ausland eingesetzt, und welche Tätigkeiten verrichten sie dort (bitte nach Einsatzländern und -orten sowie Zugehörigkeit zu Bundesländern/BKA/Bundespolizei aufgliedern)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

